

## Presseinformation

25. April 2008

### LR Mikl-Leitner zur Kinderbetreuungsoffensive

#### NÖ fordert Änderung der 15a-Vereinbarung zur Kinderbetreuung

In Niederösterreich besteht künftig die Möglichkeit, auch Kinder, die zwischen zweieinhalb und drei Jahre alt sind, im Kindergarten betreuen zu lassen. „Im Rahmen dieser Kindergartenoffensive werden heuer noch 370 zusätzliche Kindergartengruppen mit insgesamt rund 7.000 Kinderbetreuungsplätzen geschaffen. Dabei entstehen bis 2010 auch 67 neue Kindergärten“, erklärte Landesrätin Mag. Johanna Mikl-Leitner heute, 25. April, bei einem Pressegespräch in St. Pölten.

Die Einführung dieses Betreuungsangebots sei ein wichtiger Beitrag zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Auch der Arbeitsmarkt werde von dieser Maßnahme positiv beeinflusst, da landesweit zusätzliche Kindergartenpädagoginnen bzw. Kinderbetreuerinnen benötigt werden. In diesem Zusammenhang kündigte Mikl-Leitner an, die Qualifikation der landesweit rund 1.500 Tagesmütter in Zusammenarbeit mit der NÖ Landesakademie zu erhöhen. Dies würde zur lange geforderten Gleichstellung der Tagesmütter mit den Kinderbetreuerinnen führen.

Bezüglich der neuen Verhandlungen zwischen den Ländern und dem Bund über die 15a-Vereinbarung zur Kinderbetreuung verlangte Mikl-Leitner, dass die Kindergärten nach der Anzahl der zusätzlichen Kinderbetreuungsplätze und nicht nach der Anzahl der Stunden, in denen dort Kinder betreut werden, vom Bund unterstützt werden. Zudem fordere Niederösterreich, dass auch die Tagesmütter als vollwertige Kinderbetreuungskräfte vom Bund anerkannt werden.

Außerdem ist laut Mikl-Leitner das Geld, das der Bund hier zur Verfügung stellt, ein viel zu kleiner Beitrag. Niederösterreich würde nur 3,5 Millionen Euro pro Jahr erhalten. Im Vergleich dazu gebe Niederösterreich jährlich rund 130 Millionen Euro für die Kinderbetreuung aus.

Generell zeigte sich die Landesrätin zuversichtlich, dass es eine gute gemeinsame Lösung mit dem Bund geben könne, die es auch den Ländern ermögliche, die vorgesehenen Bundesmittel für die Kinderbetreuung abzuholen, auch noch für 2008. Die Länder bräuchten Lösungen, die sich am tatsächlichen Bedarf und an



## Presseinformation

den Gegebenheiten des ländlichen Raumes orientieren, so Mikl-Leitner abschließend.